# Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 1

**Anzeigenpreise:** Grundpreis: die 23 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., die 70 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,40 RM. Rabatt nach Staffel D. Anzeigenpreisliste Nr. 3. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 50 Rpf. zusätzl. Porto. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

**Bezugspreise:** Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 45 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Postadresse: Dresden-A. 1. Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Viktoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361–9366
Postscheck: Dresden 2060 — Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 136 / 43. Jahrgang × Mit der Beilage „Kraftverkehr im neuen Deutschland" Freitag, 14. Juni 1935


# Das Urteil im Rundfunkprozeß

**Auftakt zum Reichshandwerkertag — Die Begründung zur Ausbürgerungsliste — Der Reichsfinanzminister in Dresden**

## Gefängnis- und Geldstrafen

× Berlin, 13. Juni

**Am heutigen 87. Verhandlungstag im Rundfunkprozeß, der seit dem 5. November 1934 die Sechste Große Strafkammer des Berliner Landgerichts beschäftigt, verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Rosemann, kurz nach 18 Uhr folgendes Urteil:**

Der Angeklagte Korte, früher kaufmännischer Direktor der Westdeutschen Rundfunk-AG. wird freigesprochen.

Gegen den Angeklagten Otto wird das Verfahren im Falle Astoria Essen auf Grund des Straffreiheitsgesetzes vom 7. August 1934 eingestellt. Im übrigen erfolgt Freisprechung.

Gegen den Angeklagten Dr. Erwin Jaeger, Direktor der Mitteldeutschen Rundfunk-AG., wird das Verfahren in den Fällen Funkwerbung und Rusa-Aktien wegen Verjährung eingestellt. Der Angeklagte wird im übrigen freigesprochen.

Der Angeklagte Bredow, Staatssekretär a. D. und früher Reichsrundfunkkommissar ist der aktienrechtlichen Untreue in vier Fällen — Darlehen Flesch, Weiterzahlung des Gehalts Flesch in Frankfurt a. M., Trennungsvergütung Flesch und Vertrauensspesen Flesch sowie der Beihilfe zum Parteiverrat des früheren Rechtsanwalts Dr. Frey — schuldig und wird zu einer Gesamtstrafe von sechs Monaten Gefängnis und in den Fällen der Untreue zu Geldstrafen von 500, 1500, 2500 und 500 Mark verurteilt. Die Freiheitsstrafe und die Geldstrafe sind durch die Untersuchungshaft verbüßt. Im übrigen wird auch dieser Angeklagte freigesprochen.

Der ehemalige Geschäftsführer der Reichsrundfunk-Gesellschaft, der 47jährige Angeklagte Dr. Kurt Magnus, ist der aktienrechtlichen Untreue in den beiden Fällen Weiterzahlung des Gehaltes Flesch in Frankfurt a. M. und Trennungsvergütung Flesch schuldig und wird zu einer Gesamtstrafe von fünf Monaten Gefängnis und zu Geldstrafen von 1500 und 2500 M. verurteilt. Auch bei diesem Angeklagten gilt die Freiheitsstrafe und die Geldstrafe durch die Untersuchungshaft verbüßt. Im Falle Darlehen und Vorschüsse Flesch in Frankfurt am Main wird das Verfahren wegen Verjährung eingestellt. Im übrigen wird auch der Angeklagte Magnus freigesprochen.

Der 37jährige frühere Rundfunkintendant Dr. med. Hans Flesch ist der aktienrechtlichen Untreue in fünf Fällen — Trennungsvergütung, Vorschüsse und Darlehen, Mietzuschuß und Garagenmiete, Bewirtungs- und Reisekosten und Vertrauensspesen, sowie der Beihilfe zum Parteiverrat durch den früheren Rechtsanwalt Dr. Frey — schuldig und wird zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr Gefängnis und in den Fällen der Untreue auch zu Geldstrafen von 3000, 500, 5000, 1000 und 1500 M. verurteilt. Die Untersuchungshaft wird mit elf Monaten auf die Freiheitsstrafe angerechnet. Im übrigen wird der Angeklagte Flesch freigesprochen.

Der Angeklagte Dr. Felix Kohl, früher Direktor der Mitteldeutschen Rundfunk-AG., ist der aktienrechtlichen Untreue in zwei Fällen — Aufgeld Jäger und Astoria (Essen) — schuldig und wird zu einer Gesamtstrafe von 7 Monaten Gefängnis und zu Geldstrafen von insgesamt 2000 M. verurteilt. Die Strafen gelten als verbüßt. Im Fall Radiofachverband wird das Verfahren wegen Verjährung eingestellt. Im übrigen wird auch dieser Angeklagte freigesprochen.

Der frühere Direktor der Schlesischen Funkstunde AG., Emil Zorek, ist der aktienrechtlichen Untreue im Falle Autofahrten Zorek schuldig und wird zu 6 Wochen Gefängnis und zu einer Geldstrafe von 2000 M. verurteilt. Die Freiheitsstrafe gilt als verbüßt. Im übrigen wird auch er freigesprochen.

Die Kosten des Verfahrens fallen, soweit auf Strafe erkannt ist, den verurteilten Angeklagten, soweit auf Freisprechung oder Einstellung des Verfahrens erkannt ist, der Staatskasse zur Last.

Nach der Urteilsverkündung ließ der Vorsitzende eine Pause eintreten. Die Begründung des Urteils liegt noch nicht vor.

## Neue japanische Forderungen?

**Widerspruchsvolle Nachrichten aus Nanking und Tokio**

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Nanking, 13. Juni. (Durch United Preß)

Die schon gestern verbreiteten Gerüchte von neuen japanischen Forderungen an die chinesische Regierung scheinen sich zu bestätigen. Wie ein Beamter des chinesischen Außenministers heute offiziell erklärte, sind bei diesem weitere japanische Forderungen eingegangen. In politischen Kreisen vermutet man, daß sie sich auf die vorübergehende Festnahme von vier japanischen Offizieren in der Nähe von Kalgan, der Hauptstadt der Provinz Tschachar (nördlich Peipings, jenseits der Großen Mauer) beziehen.

Nach Berichten der japanischen Nachrichtenagentur Nippon Dempo ist es wahrscheinlich, daß Japan die Amtsentsetzung des Generals Sung Cheh-yuan und die Räumung der Provinz Tschachar von chinesischen Truppen fordern wird. Diese Forderung sei berechtigt, denn, so erklärt man in japanischen Kreisen, der chinesische General sei für die Verhaftung der vier Vertreter der japanischen Armee, die sich in besonderer Mission in Tschachar befanden, verantwortlich. Daß auf Grund entschiedener Vorstellungen japanischer Militärs die vier Verhafteten wieder freigelassen wurden, verringere die Verfehlungen General Sung Cheh-yuans in keiner Weise.

Der chinesische Kriegsminister hat nach Beendigung seiner Verhandlungen mit den japanischen Militärbefehlshabern am frühen Morgen des heutigen Donnerstag Peiping verlassen, um sich nach Nanking zu begeben. Wie der Schanghaier Korrespondent der japanischen Nachrichtenagentur „Nippon Dempo" meldet, wird der Kriegsminister seinen Amtssitz dauernd von Peiping nach Nanking verlegen. Die Schließung aller nordchinesischen Zweigstellen der Kuomintang ist jetzt vom chinesischen Militärrat in Peiping offiziell bekanntgegeben worden.

### Dementis aus Tokio

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Tokio, 13. Juni. (Durch United Preß)

Auf eine Anfrage der United Preß erklärte das japanische Kriegsministerium, daß es nicht imstande sei, irgendwelche Angaben darüber zu machen, ob neue Forderungen Japans der chinesischen Regierung übermittelt worden seien. Zugegeben wurde jedoch, daß unter Umständen in Aussicht genommen sei, die Entfernung Sung Cheh-yuans aus Tschachar zu verlangen. Der Beamte des Kriegsministeriums fügte hinzu, daß keinerlei Berichte auf eine Absicht Chinas Widerstand zu leisten, schließen ließe.

Wesentlich energischer als das Kriegsministerium dementierte der japanische Militärattaché Takashi die Behauptungen, daß Japan neue Forderungen gestellt habe und ebenso auch das militärische Hauptquartier der japanischen Truppen in Tientsin. Letzterer fügte seinem Dementi noch eine Bemerkung hinzu, die sich auf die Gerüchte bezogen, daß China diese angeblichen neuen Forderungen Japans bereits zurückgewiesen habe. Er bezeichnete diese Gerüchte als völlig unsinnig.

## Lloyd George beginnt den Wahlkampf

Telegramm unsres Korrespondenten

A. London, 13. Juni

**Lloyd George hat zu einem neuen Vorstoß angesetzt. Gemeinschaftlich mit den englischen Freikirchen hat er einen überparteilichen „Aufruf zur Tat" erlassen, der von einem Teil der heutigen Morgenpresse in großer Aufmachung veröffentlicht wird. Im Grunde handelt es sich in diesem neuen Manifest um eine vereinfachte Ausgabe seines „New Deal" (Neuen Plans), und die beiden Hauptpunkte des heute morgen veröffentlichten Programms sind dementsprechend auch „Friede und wirtschaftlicher Wiederaufbau". Der Aufruf trägt eine große Reihe von Namen kirchlicher Würdenträger und Politiker. Unter ihnen sind besonders bemerkenswert Lloyd Georges früherer Privatsekretär, der jetzige Lord Lothian, der durch seine bekannten „Times"-Artikel wesentlich zur Anbahnung einer deutsch-englischen Verständigung beigetragen hat, Lord Snowden und Sir Walter Layton, der Herausgeber des „Economist", der führenden Londoner Wirtschaftszeitschrift.**

Lloyd Georges Manifest enthält starke Angriffe gegen die früheren englischen Regierungen, die alle in der Frage einer Befriedung Europas wie insbesondere auch in der Abrüstung versagt hätten. Es müßten jetzt, so heißt es in dem Aufruf, die höchsten Anstrengungen unternommen werden, ehe es zu spät sei. Insbesondere schlägt Lloyd George eine auf dem Wege über den Völkerbund abzuschließende Vereinbarung für eine allgemeine Abschaffung der Angriffswaffen, eine Verminderung der sonstigen Waffengattungen, die Abschaffung oder Kontrolle der privaten Waffenfabrikation, die Revision bestehender Verträge durch friedliche Mittel und Schaffung kollektiver Garantien gegen Kriegsmöglichkeiten vor.

Innenpolitisch werden Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit und Kampf gegen die Elendsquartiere vorgeschlagen. Praktisch bedeutet das Manifest, daß Lloyd George nicht daran glaubt, daß das englische Kabinett, das gemeinsam mit ihm einige Wochen lang seinen „New Deal" beraten hat, ernstlich an die Verwirklichung seiner Pläne denkt. Da Neuwahlen in absehbarer Zeit bevorstehen, kommt der gegenwärtigen Regierung diese neue Aktion Lloyd Georges nicht sehr gelegen, und die „Times" äußern sich in einem Leitartikel auch sehr ungehalten über Lloyd Georges neuen Vorstoß. Zustimmung erfährt Lloyd Georges neuer Plan bisher eigentlich nur in den zusammengeschmolzenen liberalen Kreisen.

### Zum Besuch der englischen Frontkämpfer

× Berlin, 13. Juni. (Durch Funkspruch)

Der Reichsverband deutscher Offiziere hat an den Prinzen von Wales folgendes Telegramm gerichtet:

**„Prinz of Wales, Offiziere des alten Heeres heißen deabsichtigten Besuch britischer Frontkämpfer in Deutschland kameradschaftlich willkommen. Reichsverband deutscher Offiziere, Generalmajor Graf v. d. Goltz."**

### Die deutsche Delegation nach London abgereist

× Berlin, 13. Juni. (Durch Funkspruch)

Die deutsche Flottendelegation, unter Führung des Botschafters v. Ribbentrop, hat sich heute früh von Berlin nach London begeben, wo, wie vorgesehen, die Flottenverhandlungen am 14. Juni wieder aufgenommen werden.

### Der König von England erkrankt

× London, 13. Juni

König Georg von England, der sich zur Zeit auf seinem Schloß in Sandringham befindet, leidet an Bronchialkatarrh. Die Aerzte haben ihm eine mindestens zweiwöchige Ruhe verordnet. König Georg hat seine Verpflichtungen für die nächste Zeit abgesagt.

## Das Danziger Sparprogramm

**Senatspräsident Greiser vor dem Volkstag**

× Danzig, 13. Juni

Der Danziger Volkstag trat am Mittwochnachmittag zusammen, um die Erklärung des Senatspräsidenten Greiser über die Maßnahmen der Danziger Regierung entgegenzunehmen. Senatspräsident Greiser betonte zunächst mit großer Offenheit, daß manche harte Maßnahme der letzten Zeit von einem Teil der Bevölkerung nicht verstanden worden sei, weil die tieferen Ursachen in der überaus schwierigen Struktur der Freien Stadt Danzig lägen. Politik in der augenblicklichen Situation zu machen, bedeute daher für die Nationalsozialisten und Frontsoldaten an der Spitze des Staates Verzicht auf Popularität und lediglich Hingabe an die Gesamtheit mit der nationalsozialistischen Einstellung des Dienens am Volksganzen zur Herbeiführung einer gesicherten und besseren Zukunft.

Präsident Greiser betonte, die Danziger Regierung habe sich nur ungern zur Einführung der Devisenbewirtschaftung entschlossen, da diese für die Freie Stadt Danzig als Hafen- und Umschlagplatz zwangsläufig auch erhebliche wirtschaftliche Nachteile mit sich bringe. Jetzt gelte es, durch eine planvolle Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik für die Danziger Währung wieder ein festes Fundament zu schaffen, koste es, was es wolle.

Der Senatspräsident machte dann nähere Mitteilungen über das einschneidende Sparprogramm, das die Danziger Regierung in Aussicht genommen hat. Er kündigte im Personalhaushalt eine Einsparung von mindestens 100 Lehrern und mindestens 500 Beamten an. Alle diese Personen werden Gelegenheit erhalten, außerhalb der Danziger Landesgrenzen eine wirtschaftliche Besserstellung zu erreichen. Weiter werden nach der Erklärung des Senatspräsidenten diejenigen Pensionäre, die vom Reich abhängen, sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, die ihnen rechtlich vom Reich zu zahlenden Rentenbezüge im Reiche zu verzehren. Ferner sollen noch mehr als bisher Erwerbslose ausfindig gemacht werden, die sich freiwillig bereit erklären, Arbeit außerhalb der Danziger Landesgrenzen anzunehmen. Außerdem soll, ähnlich wie es teilweise bereits beim Freiwilligen Arbeitsdienst in die Wege geleitet wurde, auch der staatliche Arbeitsdienst, soweit seine Mitglieder sich dazu freiwillig bereit erklären, im Reich untergebracht werden. Schließlich werden auch Eingriffe und Sparmaßnahmen auf kulturellem Gebiet, insbesondere beim Theaterwesen und bei der Technischen Hochschule, durchgeführt werden müssen.

Senatspräsident Greiser schloß mit einem eindringlichen Appell an den gesunden Instinkt der Bevölkerung. Er, der Präsident, sei absolut bereit, mit jedem zusammenzuarbeiten, der sich seiner Verantwortung für seine Heimat Danzig bewußt sei. Die Danziger Bevölkerung werde sich durch materielle Sorgen nicht niederzwingen lassen, sondern Danzig sich selbst und damit dem Deutschtum erhalten.

Die große Mehrheit des Volkstages nahm die Erklärung des Senatspräsidenten mit langanhaltendem Beifall auf.

### Gailius als Oberbürgermeister abgelehnt

× Memel, 13. Juni

Die Stadtverordnetenversammlung faßte gegen die Stimmen der Litauer den Beschluß, den unrechtmäßig seines Amtes enthobenen Oberbürgermeister Dr. Brindlinger an der Ausübung des Amtes nicht zu hindern. Die Einsetzung des Großlitauers Viktor Gailius als kommissarischer Oberbürgermeister wurde abgelehnt und damit der Magistratsbeschluß vom 5. Juni gebilligt, wonach die Ernennung des Gailius' den Gesetzesbestimmungen nicht entspricht.

### Plötzlicher Tod eines französischen Ministers

× Paris, 13. Juni. (Durch Funkspruch)

Der Minister für nationale Erziehung, Marcombes, ist am Donnerstagvormittag in dem Augenblick an einem Herzschlag gestorben, als er zu dem um 10 Uhr im Elysee stattfindenden Ministerrat den Sitzungssaal betreten wollte. Der Ministerrat ist auf Freitag verschoben worden.

SLUB
Wir führen Wissen.